

Mehr reden – und mehr streiten

VON KATJA BAUER

Ist Deutschland ein Land von Antisemiten? Gibt es jemanden, der die Äußerungen des katholischen Hasspredigers Richard Williamson gutheißt? Ist es antisemitisch, wenn der Zentralrat im Bundestag nicht in der ersten Reihe sitzen darf? Die meisten Menschen würden all diese Fragen sicher mit Nein beantworten – unter ihnen wohl auch Charlotte Knobloch, die wichtigste Repräsentantin der deutschen Juden. Trotzdem ist das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden derzeit angespannt wie selten.

Kaum je war der Ton so sehr durchzogen von Schmerz, Resignation und, ja, einem gefühlten Generalverdacht auf der einen Seite – und von Ungeduld und wachsendem Unverständnis auf der anderen Seite. Erschreckender noch ist das Schweigen. Es folgt auf die Wellen der Aufregungen und zwar immer dann, wenn man sachlich und kritisch miteinander reden sollte.

Als besonders trauriges Beispiel kann das Holocaust-Gedenken im Bundestag dienen. Erstens, weil man unterstellen darf, dass diese Veranstaltung in der besten Absicht organisiert wird. Zweitens, weil der Anlass und die Heftigkeit des aufgebrochenen Konfliktes nicht zueinander passen. Und drittens, weil dieser Konflikt bis heute nicht gelöst ist.

Der Streit begann mit einem Boykott – ein Mittel, das nur nutzt, wer aus seiner Sicht schon alles andere versucht hat. In der anschließenden Begründung ging vieles durcheinander. Aus einer Protokollfrage wurde Mangel an Respekt gegenüber der Holocaust-Überlebenden Knobloch gefolgert. Am Ende wurde das – diskussionswürdige – Verhalten des Bundestagspräsidenten Lammert in einem Atemzug mit dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland kritisiert. Der Zentralrat sprach mit mehreren Stimmen, am lautesten wie immer der profilierungsfreudige Generalsekretär Kramer, am emotionalsten Knobloch. Doch auf den internen Konflikt kommt es im Moment nicht an. Sondern: Der Zentralrat konnte seinen Standpunkt nicht allgemeinverständlich vermitteln. Es blieb der Eindruck gekränkter Eitelkeit.

Es ist in diesem Streit ein Fluch, dass eben nicht gestritten, sondern umeinander herumgeschlichen wird. Offene Kritik an dem Gremium ist ein Tabu. „Sie

übertreiben aber, Herr Kramer!“ – das wagt keiner zu sagen. Zu groß ist die Sorge vor dem Generalverdacht. Jemandem, dem man nichts erwidern kann, hört man aber auch ungern zu. Dieses Tabu wiederum öffnet Schleusen im Stillen. Hinter vorgehaltener Hand wird gesagt, die Juden täten sich mit ihrem Verhalten selbst keinen Gefallen. Das ist sehr nah an der dann tatsächlich antisemitischen Figur, wonach die Juden an ihrem Unglück selber schuld sind.

Noch wichtiger als die Tatsache, dass der Zentralrat nicht verstanden wurde, ist seine Aussage, dass viele Juden sich zunehmend unverstanden fühlen. Das

muss man ernstnehmen, wenn einem aneinander liegt. Die Gefahr ist, dass sich eine Art selbsterfüllende Prophezeiung entwickelt, in der diejenigen, die sich isoliert und unverstanden fühlen, in die Lage derer geraten, die sich isolieren und

nicht mehr verstanden werden.

Im Fall Williamson stellten sich sowohl die Politik – allen voran die Kanzlerin – als auch die hiesigen Vertreter der katholischen Kirche in beispielloser Weise an die Seite der Juden. Nicht allein aus Solidarität – wohlgernekt, die Verantwortung für die Erinnerung an den Holocaust ist nicht Sache der Juden, sondern die aller Deutschen. Doch in der Wahrnehmung des Zentralrats legt sich der Fokus nicht auf diese Solidarität, auch nicht jetzt, in der Woche der Brüderlichkeit. Der Bundestagsstreit war nur ein Anlass, das Gefühl vom Alleingelassenensein zu artikulieren. Zum objektiven Befund gehört ein Rekord bei antisemitischen Straftaten, gehören Schmähungen, die nicht mehr anonym verschickt werden, gehört ein Antisemitismus neuen Typs bei muslimischen und linken Jugendlichen, gehören antisemitische Töne bei israelkritischen Demonstrationen.

All dies geschieht in einer Zeit, in der die letzten Zeitzeugen sterben, in der der Holocaust von der Erfahrung zur Geschichte wird und so die Sorge wächst, das singuläre Ereignis werde zur beliebigen Episode gemacht. Und damit die Angst, dass jedem, der „Schlussstrich“ ruft, sein Tun erleichtert werde. Darüber aber muss geredet werden, in Schulen, in Gemeinden, im Parlament – und vor allem nicht nur an Feiertagen.

*Kaum je standen
so viel Schmerz
und Schweigen
zwischen Juden
und Nichtjuden*

Bad. Zeitung, 04.03.2009